Arndt Müller
Armin Newerla

An den

2. Strafsenat des

Oberlandesgerichts

7000 Stuttgart

2 - 1 StE 5 u. 6/78

Zum Beweis der Tatsache,

daß die Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe in der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977 in Stammheim von fremder Hand getötet worden sind und auf die Gefangene aus der RAF Irmgard Möller ebenfalls ein tödlich gezielter Angriff unternommen worden ist, der aber ein Tötungsversuch blieb, und

daß diese Aktion zur Elimination der vier Gefangenen mit Wissen und Wollen der Bundesregierung im Einklang mit Plänen und Direktiven der Regierung der USA mit dem politischen Einverständnis der Regierungen des Vereinigten Königreichs und der Französischen Republik sowie der technischen Hilfe ihrer Regierungsapparate durch Angehörige der imperialistischen Geheimdienste BND, CIA und MOSSAD ausgeführt worden ist.

### beantragen wir,

den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Carter, den Präsidenten der Französischen Republik, Giscard d'Estaing, den ehemaligen britischen Prime Minister, Callaghan, und den Bundeskanzler der BRD, Schmidt, zu hören.

(Die ladungsfähigen Anschriften dieser sowie der nachstehend benannten Zeugen werden in einer Liste am Schluß des Beweisantrags aufgeführt.)

Weiterhin wird unter Beweis gestellt:

- I. Als Ausfluß der internationalen Entwicklung zu Ungunsten des Imperialismus, vor allem als Reaktion auf die Tatsachen, daß
  - durch seinen Sieg das vietnamesische Volk nach 30jährigem Freiheitskampf dem US-Imperialismus und damit dem Imperialismus insgesamt eine entscheidende Niederlage beigebracht hat,
  - der Prozeß der Befreiung der Völker der Dritten Welt von Ausbeutung und totaler Verelendung den Imperialismus in

- der Defensive hält,
- es der UdSSR zusammen mit den Staaten des Sozialistischen Eündnisses gelungen ist, das weltpolitische Gleichgewicht herzustellen und so bis jetzt alle Rückeroberungspläne und -versuche des US-Imperialismus und seiner Subzentren, vor allem seitens der BRD, gescheitert sind,
- vor allem aber der Angriff der Metropolen-Guerilla in West-Europa, von RAF, BR, ETA und IRA das Projekt der vollständigen Unterwerfung West-Europas unter die US-Hegemonie und damit die Angriffspläne der NATO nach Süden und Osten empfindlich stört und die imperialistische Herrschaft insgesamt bedroht, ist
- 1. die BRD und ihre jetzige Bundesregierung besonders den Strategien und Direktiven der US-Regierung zur weltweiten Bekämpfung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und der Guerilla in den Metropolen inkorporiert. Speziell die westdeutsche Sozialdemokratie hat dabei die Aufgabe, verdeckt das heißt in der Form des sog. 'Rechtsstaates' in der BRD und in West-Europa jeden relevanten anti-kapitalistischen und anti-imperialistischen Widerstand politisch-psychologisch zu zersetzen oder physisch zu vernichten, wenn die Mittel der institutionellen Strategie (neuer Faschismus von oben, aus den Institutionen des Staates heraus) der Fundamentalopposition, vor allem den bewaffnet kämpfenden Gruppen gegenüber versagen.
- 2. Demgemeß wird die RAF seit 1972 verfolgt nach einer verfassungswidrigen und verfassungsfeindlichen Konzeption der antisubversiven Kriegsführung, die technisch, methodisch und organisatorisch dem internationalen Standard der us-amerikanischen Counterinsurgency entspricht und die
  - a) die repressive und manipulative 'Immunisierung' (so Drandt) der Gesellschaft genen anti-kapitalistische Fundamentalopposition bezweckt und die
  - b) durch eine komplexe Strategie politischer, wirtschaftlicher, militärpolitischer und juristischer Initiativen auf die Integration der Apparate der 'inneren und äußeren Sicherheit' und der staatlichen Datenverarbeitungssysteme der NATO zielt, um die permanente Einmi-

schung der amerikanischen Außenpolitik in die inneren Angelegenheiten der westeuropäischen Länder zu institutionalisieren, die

- c) unmittelbar den Zweck hat, die kommunistischen und radikaldemokratischen Widerstandsgruppen zu neutralisieren und zu vernichten, die sich seit dem Zerfall der legalen Vietnam-Opposition clandestin organisiert und bewaffnet haben, um gegen
  die amerikanische Strategie gegenüber dem Süden, dem Osten und
  den Arbeitern Westeuropas, die die Innen- und Außenpolitik
  der BRD direkt bestimmt, zu hämpfen.
- 3. Zwischen dem Regierungsapparat der BRD und den us-amerikanischen Regierungsstellen haben Beratungen über Counterinsurgency stattgefunden und finden weiterhin statt. In die Entscheidungsabläufe der anti-subversiven Aktion sind einbezogen
  - der Stab des Oberkommandierenden der US-Armee in der BRD,
  - amerikanische Regierungspolitiker, Diplomaten und Geheimdienstbeamte.
  - das NATO-Generalsekretariat in Brüssel und
  - das Action Committee der NATO (AC-46), in das seit 1971/72 die Führungsebene der Nachrichtendienste der BRD integriert ist, und
  - das PSV-Referat in der Stabsabteilung III des Führungsstabes der Streitkräfte (FüS) der Bundeswehr.
- 4. a) Im Rahmen der Konzeption der anti-subversiven Aktion wurde auf Initiative der US-Regierung und US-Armee ü b e r d i e B R D zuerst bilateral gegenüber westeuropäischen Staaten, dann innerhalb der militärischen und politischen europäischen Metaorganismen der NATO und der EG die Aufstellung von Spezialeinheiten durchgesetzt, die nach einer einheitlichen Doktrin und einheitlichen taktischen und strategischen Gesichtspunkten eingesetzt werden.
  - b) Demgemäß wurden in der BRD die sog. 'Anti-Terror-Einheiten'
     GSG 9, SEK, MEK's in Baden-Württemberg u.a. und die Umwandlung des Bundesgrenzschutz in eine Bundespolizei in Zusammenarbeit mit amerikanischen Dienststellen konzipiert.
- 5. Leitende und ausführende Angehörige dieser westdeutschen Einheiten wurden und werden an Special Warfare Schulen in den USA von Instruktoren der US-Armee und der US-Geheimdienste in Etrategie und Taktik der anti-subversiven Ariegsführung ausgebildet und in der Anwendung von Techniken der psychologischen Kampfführung geschult, zu denen wissenschaftlich entwickelte Methoden der Manipulation von Massenkommunikation und -meinungsbildung gehören.
- 6. Innerhalb der anti-subversiven Aktion wird die Justiz nicht nach ihrem im Grundgesetz postulierten Auftrag eingesetzt, ist nicht

Dritte Gewalt und unabhängig, sondern handelt als ein geschlossener Instanzenzug, der den Direktiven der Regierung unmittelbar
unterliegt und über ein Netz von Sondergerichten und besonderen
Abteilungen bei den Staatsanwaltschaften, an deren Aufbau, Personalbesetzung und Indoktrination der Generalbundesanwalt und
das Bundeskriminalamt unmittelbar beteiligt sind, einer umfassenden Planung im Rahmen der Counterinsurgency unterworfen ist.

7. Es bestehen auf der höchsten Regierungsebene der BRD die Bereitschaft und der Konsens für die Entscheidung, im Rahmen der antisubversiven Aktion Mitglieder illegaler Gruppen im In- und Ausland und Gefängene aus diesen Gruppen gezielt und verdeckt zu töten, und die ihren Ausdruck in Formulierungen finden wie

'das Außerste dagegen unternehmen'

'bis an die Grenzen des Rechtsstaats'

'mit allen Mitteln'

'diese Gruppen zu tilgen'

'härtestes Jurchgreißen des Staates, der sich in einer Verteidigungsposition nicht scheuen kann, selbst zu töten! (so z.B. Schmidt in der Regierungserklärung vom 13.3.1975)

8. Konsequenz dieser Bereitschaft und Entscheidung war bereits bis zum 18. Oktober 1977 der Tod von

Holger Meins, Ullrich Wessel und Siegfried Hausner, Ulrike Meinhof,

und am und nach dem 18. Oktober 1977 der Tod von

Gudrun Ensslin,
Andreas Baader,
Jan-Carl Raspe,
Ingrid Schubert.

# Wir beantragen,

zum Vorstehenden unter I. den ehemaligen Bundeskanzler Brandt, den ehemaligen Außenminister Scheel, den amtierenden Bundeskanzler Schmidt, den amtierenden Außenminister Genscher zu hören. II. Nachdem seit 1972 fast jedes Jahr eine Aktion zur befreiung von Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Ulrike Meinhof, solange sie lebte, stattgefunden hatte, sei es durch Kommandos des palästinensischen Widerstandes, sei es durch Kommandos der RAF; nachdem bereits am 25. April 1975 Bundeskanzler Schmidt in einer Regierungserklärung nach der Aktion der RAF in Stockholm u.a. von den Gefangenen aus der RAF in Stammheim gesagt hatte,

"Eine Freilassung dieser Verbrecher, die zum Teil noch ihren Prozeß erwarten, hätte eine unvorstellbare Zerreißprobe für unser aller Sicherheit und für den Staat bedeutet."

womit er nicht nur die Befreiungsaltion, sondern auch einen theoretisch denkbaren Freispruch in dem ab dem 21. Hai 1975 bevorstehenden Prozeß in Stammheim meinte;

nachdem während des kollektiven Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF im März/April 1977 am Tag der Aktion gegen Buback (7. April 1977) die Gefangenen in Stammheim total isoliert, die Anwälte ausgeschlossen, das Gefängnispersonal im 7. Stock gegen Beamte, die die Gefangenen noch nie gesehen hatten und die offensichtlich nicht aus Stammheim waren, ausgetauscht und am zweiten Tag die Zellentüren der Gefangenen, die im Jurststreik waren, 24 Stunden nicht mehr aufgeschlossen worden waren,

und mitdem Ende des Hungerstreiks am 30. April 1977 die psychologische Kriegsführung gegen Gudrun Ensslin eskaliert war:

- sie wurde in den Debatten des Bundestages zur Inneren Sicherheit im April 1977 erwähnt;
- am 2. Mai hob das Gericht das Mandat Schilys auf damit verlor sie den letzten der Anwälte aus dem Stammheimer Prozeß;
- am 4. Mai erschien in der 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' die Falschmeldung, Gudrun Ensslin habe durch ein Code-Wort den Abbruch des Hungerstreiks befohlen;
- am 9. Mai 1977 erschien in der 'Hamburger Morgenpost', am 10. Mai 1977 in der 'Frankfurter Rundschau' den beiden überregionalen Zeitungen, die von der SPD direkt abhängig sind die
  alte Nachrichtenpflanze des Staatsschutzes, 'Spannungen innerhalb der Gruppe der Stammheimer Gefangenen', neu eingetopft,
  'um damit die SPD vom Vorwurf des Mordes an Ulrike Meinhof

zu befreien, den ruinierten Stammheimer Schauprozeß zu rechtfertigen und die öffentliche Meinung auf die Hinrichtung der
überlebenden Gefangenen - insbesondere hier die Beseitigung
von Gudrun Ensslin - vorzubereiten, von der es in einem internen Bericht des BKA hieß: "... Rädelsführerfunktion ... dialektisch geschulter scharfer Intellekt ... spezifische organisatorische und konspirative Begabung ... bisher nicht bekannt
gewordene Führungsqualitäten ... unermüdliche Initiative, ordnende und lenkende Hand sowie strategisches Geschick";

nachdem die Zusage auf Herbeiführung der Konzentration von Gefangenen aus der RAF in Stammheim, die der damalige Ministerialdirigent Kurt Rebmann gegeben hatte, nur ein zeitweiliges taktisches Zugeständnis zur Ablenkung und 'Beruhigung' gewesen war und die Landesregierung von Baden-Württemberg mit Rückendeckung der Bundesregierung bereits im Hungerstreik nach der Zerschlagung der Konzentration im August 1977 gezeigt hatte, daß sie eher Tote in Kauf nehmen würde als die Gruppe von acht Gefangenen wiederherzustellen; war

1. Bundeskanzler Schmidt seit Beginn der Entführung von Hanns Martin Schleyer entschlossen, nicht nur nicht auszutauschen, sondern auch zugleich diese Aktion der RAF gegen die Guerilla zu wenden, indem er durch die Beseitigung der vier Gefangenen in Stammheim, die vom Staatsschutz als führende Kader eingeschätzt wurden, weitere Befreiungsaktionen verhindern wollte. Hierbei nahm Schmidt den möglichen Tod von Hanns Martin Schleyer durchaus in sein Kalkül auf.

Wir beantragen,

zu Ziffer 1. Schmidt zu hören.

2. Zur Herstellung eines einheitlichen Vorgehens mit den Oppositionsparteien CDU und CSU und um die führenden Mitglieder der Wirtschaft
für die Opferung von Hanns Martin Schleyer zu gewinnen, suchte
Schmidt am 6. September 1977 gegen 19.00 Uhr Helmut Kohl im Bundeshaus auf zu einem Gespräch unter vier Augen über diese Verknüpfung der Preisgabe von Hanns Martin Schleyer mit der Elimination der vier Gefangenen in Stammheim.

Kohl, dessen politische Funktion in der Sozialdemokratisierung

der CDU/CSU besteht, d.h. in der Anpassung der politischen Strukturen dieser Parteien an das Niveau, das die derzeitige Phase
des Imperialismus verlangt, stimmte der Preisgabe von Hanns Hartin schleyer und der Elimination der vier Gefangenen zu.
Wir beantragen,

hierzu Schmidt und Kohl, Vorsitzenden der CDU, zu hören.

- 3. Nach dieser Absprache zwischen Behmidt und Kohl beschloß das Bundeskabinett noch am gleichen Tag, nach 23.55 Uhr, unter Teilnahme der Partei- und Frahtiensvorzitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien, der Repräsentanten der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hamburg, der Vorsitzenden der Konferenzen der Innen- und Justizminister sowie des Vorstands- vorsitzenden der Daimler-Benz AG und Vizepräsidenten des Bundes- verbandes der Deutschen Industrie, Joachim Zahn, auf Initiative von Schmidt als wesentliche Punkte,
  - a) alle Gefangenen aus der Guerilla und andere politische Gefangene, die vom Staatschutz in irgendeinen Zusammenhang mit der Guerilla gestellt wurden, sofort total zu isolieren, wie es schon nach der Aktion gegen Buback vom 7. bis 10. April 1977 in Stammheim der Fall gewesen war;
  - b) die elf Gefangenen aus der BMF nicht freizulassen;
  - c) für weitere Entscheidungsfindungen zwei paralegale Gremien zu schaffen:
    - aa) den Großen Politischen Bematungskreis zur umfaszenden Vereinheitlichung der Auffassungen in Politik und Wirtschaft;
    - bb) die Eleine Lage (sog. kleiner Erisenstab) zur Vorstrukturierung des Großen Politischen Beratungskraises.

Hierbei waren sich Schmidt und die Bundesregierung im Klaren, daß die Totalisolation sowie weitere spätere Maßnahmen außerhalb von Verfassung, Recht und Gesetzen beschlossen wurden, wie Schmidt selbst öffentlich nach der Counter-Aktion von Mogadischu erklärt hat:

"Ich kann nur nachträglich den deutschen Juristen danken, daß sie das alles nicht verfassungsrechtlich untersucht naben."
Wir beantragen,

hierzu Echmidt und die Mitglieder der sog. Meinen Lage,
Genscher, Bundesaußenminister,
Maihofer, ehem. Bundesinnenminister,
Vogel, Bundesjustizminister,
Leber, ehem. Verteidigungsminister,
Lambsdorff, Bundeswirtschaftsminister,
Wischnewski, Staatsminister,
Hirsch, Innenminister von Mordrhein-Westfalen,
Herold, Fräsident des Bundeskriminalamts,
Rebmann, Generalbundesanwalt,

die Staatssekretäre Bölling, Erkel, Fröhlich, Ruhnau und Schüler zu hören.

- 4. Eine wesentliche Funktion bei der verdeckten Gleichschaltung der Parteien SPD, CDU und CSU hatte die öffentliche Debatte über die Einführung der Todesstrafe.
  - So diskutierte die Landesgruppe der CSU bereits am 7.9.1977, wie man Erpressungsversuchen künftig standhalten könne:

    "etwa durch Erschießung der gefangenen Terroristen in halbstündlichem Abstand, solange bis ein Entführter freigelassen werde" (SZ 10.9.77/S.3).
  - Der WELT-Journalist Enno v. Löwenstern machte sich zum Sprecher der Elimination von wehrlosen Gefangenen:
    - "Der Ruf nach der Todesstrafe wird laut, sogar der Ruf nach dem Standrecht oder der Erschießung von verhafteten Terroristen im Austausch gegen die Ermordung von Geiseln." (DIE WELT 8.9.77/S.6)
  - Das Mitglied der CSU-Landesgruppe Walter Becher fragte öffentlich,
    "ob man sich nicht tatsächlich mit den Terroristen im Krieg
    befindet und ob der Staat auf Geiselnahme und Geiselerschiessung mit gleichen Mitteln antworten müsse. Bei weiterer Eskalation des Terrors sollte dann auch etwa mit den Häftlingen von Stammheim kurzer Prozeß gemacht werden". (SPIEGEL
    Nr. 38, 12.9.77/S.20)

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Friedrich Zimmermann, äußerte sich dahingehend,

- "wenn die Herausforderung des deutschen Rechtsstaats solche Dimensionen erreiche, dann müsse man eben das bislang Undenkbare denken". (SPIEGEL Nr. 38, 12.9.77/S.20)
- Selbstverständlich wurde auch von der SPD offen die Forderung nach Vergeltungsaktionen erhoben. Der damals noch regierende Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, sagte am 13. September 1977:
  - "Die Terroristen müssen wissen, daß die Tötung von Hanns-Martin Schleyer auf das schicksal der inhaftierten Gewalttäter, die sie mit ihrer schändlichen Tat befreien wollten, schwer zurückschlagen müßte."
- Der Historiker Golo Mann (wie andere Ideologen des SPD-Staates auch) ventilierte Gedanken über die Anwendung von Art. 18 GG und schrieb:
  - "Verlieren sie die Terroristen alle ihre Grundrechte, könnte der 'blutige Spuk' des Terrors gebannt werden, ohne daß er sein nächstes Ziel, die Auflösung des Staates, erreicht hätte." (DIE WELT 13.9.77/S.3)
- Vorher hatte schon der bekannte schweizer Journalist René Alle-

man in der Fernsehsendung 'Frühschoppen' am 11. September 1977 an die Praktiken der faschistischen Diktaturen in Südamerika erinnert:

"Überall in Südamerika, wo man zur Folter gegriffen hat, ist der Terrorismus verschwunden."

Bei dieser Diskussion ging es zu keiner Zeit ernsthaft um eine tatsächliche Änderung des Grundgesetzes. Denn mit dem Todesschuß, den exzessiven Aburteilungen zu lebenslänglicher Haft in der Isolation und durch die Praxis der Vernichtungshaft selbst ist das Verfassungsverbot der Tötung durch Staatsorgane institutionell längst unterlaufen worden. Es ging auch nicht um die Auffrischung von Praktiken des alten Faschismus, etwa in der Art von Lidice, Oradour und den Fosse Ardeatine, sondern um die Einstimmung von CDU und CSU auf die Preisgabe von Schleyer, die mit der Elimination der vier Gefangenen kompensiert werden sollte. So wurden vor allem CDU und CSU sowie die Bevölkerung von der Hauptfrage, der Rettung Schleyers, abgelenkt und mit dem Erdenken von Sanktionen gegen wehrlose Gefangene beschäftigt. Nichts anderes wollte schmidt in seiner Regierungserklärung vom 15. September 1977 sagen, als er erklärte:

"Uns erreichen vielerlei Ratschlüge bis hin zu dem Vorschlag von Repressionen und Repressalien, die sich gegen das Leben einsitzender Terroristen richten. Ich will meine Überzeugung dazu nicht verhehlen: androhen kann man nur, was man auch tatsüchlich ausführen will und was man tatsächlich ausführen darf."

Cohmidt wandte sich hier gegen die offen angekündigte und offen vollzogene Geisel-Liquidation, denn ihm war klar, daß bei einer offen vollzogenen Elimination die LRD "nicht fähig bliebe, ihre außenpolitischen Verpflichtungen zu erfüllen", es vor allem zum Bruch zwischen West-Europa und der BRD gekommen wäre. Zugleich sicherte er sich und der SPD durch die äußerliche Distanzierung den Schein von Rechtsstaatlichkeit, hinter dem die Sozialdemokratie ihre Politik des neuen Faschismus betreibt.

Lit der Rede von Schmidt war die Debatte für die SPD beendet, sie wurde dann nur noch von der CDU/CSU in ihrer Ablenkungsfunktion weitergeführt.

#### to hielt

← der CSU-Rechtsexperte Carl-Dieter Spranger erneut Ende Septem-

ber 1977 die Einführung der Todesstrafe für ein 'Gebot der Gerechtigkeit gegenüber den Opfern des Terrors' ('stern' Nr. 40, 22.9.1977/S. 24)

- Der Bundestagsvizepräsident Rai-Uwe von Hassel trat für eine ernsthafte Diskussion ein über die Einführung der Todesstrafe für Menschenraub, Entführung und Terrorismus.(DIE WELT 1.10.77/S.2)
- Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß erklärte noch später:
  "Man sollte einmal die, die für die Freiheit des Volkes angeblich kämpften, dem Volk überlassen, dann brauchen die Polizei und die Justiz sich nicht mehr darum zu kümmern."
  (SZ 7.10.77/S.1)

Wir beantragen,

hierzu Schmidt, Kühn, Strauß und Zimmermann zu hören.

5. Über persönliche Initiativen von Schmidt und von anderen Mitgliedern des Bundeskabinetts sowie über die politischen und persönlichen Verbindungen der Mitglieder des Großen Politischen Beratungskreises hat sich die Bundesregierung bei allen wichtigen gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen wie Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern sowie bei der Trilateralen Kommission, dem übernationalen Beratungsgremium wichtiger imperialistischer Politiker und Wirtschaftsgrößen, der Zustimmung zu allen Entscheidungen des Bundeskabinetts und der Kleinen Lage versichert.

Entsprechend dieser Einflußnahme hat

a) der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am 16. September 1977 eine Erklärung abgegeben, in der es heißt:

"Auf der einen Seite hat der Staat die Aufgabe, Leben zu schützen, auf der anderen Seite ist zu fragen, ob die Erfüllung der Forderungen nicht zu weiteren Mordtaten führt. Auf diese Frage gibt es keine prinzipiell richtige oder falsche Antwort. Hier sind die Verantwortlichen vor letzte Gewissensentscheidungen gestellt. Wir versichern sie in dieser Situation unserer Bereitschaft, ihre Entscheidungen mit Vertrauen aufzunehmen, und rufen dazu auf, auch die Folgen gemeinsam zu tragen."

hat

b) die Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda am 21. September 1977 eine ähnliche Erklärung abgegeben. Die vorangegangene Diskussion faßte der Vorsitzende, Kardinal Höffner, so zusammen, daß "der Staat als 'letzte Notwehr zu dem Mittel der Todesstrafe' greifen dürfe, und schloß nicht aus, daß die katholischen Bischöfe die Wiedereinführung der Todesstrafe billigen könnten. Einerseits müsse beachtet werden, daß keiner menschlichen Institution die Entscheidung über Leben und Tod zustehe. Andererseits werde in kirchlichen Überlieferungen die Todesstrafe nicht völlig abgelehnt. Auch Papst Pius XII. habe vor 20 Jahren dieses Strafmaß als 'letzte Nöglichkeit' nicht ausschließen wollen."

Wir beantragen,

hierzu Schmidt zu hören;

#### hat

c) die Erklärung der Trilateralen Kommission auf ihrer Sitzung in Bonn vom 22. bis 25. Oktober 1977, "die Bundesregierung für den Krieg gegen die Insurrektion an der vordersten Front voll unterstützen zu wollen", nicht nur für zukünftige Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Guerilla gegolten, sondern vor allem der nachträglichen Billigung der Elimination der drei Gefangenen aus der RAF in Stammheim.

Wir beantragen,

hierzu die Mitglieder der Trilateralen Kommission
Brzezinski, US-Bicherheitsberater,
Kissinger, ehem. Direktor des Nationalen BicherheitsDavid Rockefellen, Bankier,
Edmond de Rothschild, Bankier,
Giovanni Agnelli, Industrieller,
Chujiro Fujino, Präsident des Mitsubishi-Konzerns,
zu hören.

- 6. Zur Vorbereitung der verdeckten Elimination, und zwar
  - a) zur Steuerung der reibungslosen Rezeption der Regierungsinformationen zugunsten der Aktion gegen die vier Gefangenen und um nicht zum Zeitpunkt der Elimination auf den Zufall eines Druckerstreiks wie im Mai 1976 angewiesen zu sein, hat die Bundesregierung bzw. die Kleine Lage über den Presserat alle Journalisten dazu verpflichtet, Rachrichten 'erst nach Konsultationen mit der Bundesregierung zu verwenden'. Im sog. Appell des Presserates vom 8. September 1977 heißt es dazu:

"Er bittet die Redaktionen der publizistischen Medien, bei der Berichterstattung Zurückhaltung zu üben, ohne die grundsätzliche Informationspflicht zu vernachlässigen. Insbesondere sollten Einzelheiten über laufende Fahndungen und von Krisenstäben eingeleitete Maßnahmen möglichst nur nach Rücksprache mit dem Pressereferat des Bundesinnenministeriums

veröffentlicht und unangemessen sensationelle oder detaillierte Darstellungen,
die die Arbeit der Ermittlungsbehörden beeinträchtigen,
vermieden werden. Unter Bezugnahme auf die Resolution
des Presserates vom 1.7.1977 bittet der Sprecher des Presserates die Redaktionen, die Maßnahmen der Polizei- und
Sicherheitsorgane zu unterstützen."

Damit hat die Bundesregierung erstmalig in der Geschichte der BRD eine siebenwöchige fast lückenlose Nachrichtensperre durchgesetzt.

Wir beantragen,

hierzu Schmidt, Bölling, den damaligen Fresseratssprecher Werner Hill und die Mitglieder der Kleinen Lage zu hören.

Die Zeugen werden insbesondere bekunden, daß der seinerzeit genannte Grund, das Leben von Hanns Martin Schleyer nicht zu gefährden, nur vorgeschoben war und daß es der Bundesregierung vielmehr darauf ankam, die öffentliche Diskussion über eine Kettung
von Hanns Martin Schleyer zu unterbinden.

b) Als drei Wochen nach Etablierung der verfassungswidrigen Totalisolation die Möglichkeit real wurde, daß das Bundesverfassungsgericht die de facto-Geiselhaft für über 90 Gefangene aufheben oder einschränken könnte, peitschte die Bundesregierung unter Mißbrauch der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen für die Verabschiedung von Gesetzen das sog. 'Kontaktsperregesetz' in drei Tagen durch - unter massiver Einschüchterung der Abgeordneten und nach dem Muster eines Schubladen-Entwurfs, den das Bundesjustizministerium seit spätestens April 1977 bereit liegen hatte.

Wir beantragen,

hierzu Schmidt, Vogel, Annemarie Renger, Bundestagspräsidentin, zu hören.

Die Zeugen werden insbesondere bekunden, daß der seinerzeit genannte offizielle Grund, angebliche Nachrichten und Verbindungen zwischen der Guerilla und Gefangenen aus der RAF unterbinden zu müssen, schon damals wie auch später nur Vorwand war, die Bundesregierung damals wie auch später wußte, daß es solche Nachrichten-Verbindungen nie gegeben hat, es vielmehr darum ging, die Kontrolle

und Schutzfunktion der Verteidiger für das Leben der Gefangenen auszuschalten.

c) Auf Beschluß der Kleinen Lage wurden seit dem 15. September 1977 im Stammheimer Trakt zusätzlich die Zellentüren nach dem Einschluß für die Nacht von außen mit Holzplatten abgedeckt, an deren oberen Ende eine Schaumgummiauflage zur Schallisolation angebracht worden war. Diese hatten nicht die Funktion, die Kommunikation zwischen den Gefangenen zu verhindern, da sie ja tagsüber entfernt wurden, sondern die Geräusche zu dämpfen, die bei den Tötungsaktionen in den Zellen entstehen konnten.

# Wir beantragen,

hierzu die oben genannten Mitglieder des Krisenstabs zu hören.

d) Am gleichen Tag (30. September 1977) wie Rechtsanwalt Klaus Croissant in Paris wurde Arndt Müller, der letzte tätige Verteidiger von Gudrun Ensslin, auf Beschluß der Kleinen Lage in Stuttgart verhaftet - ohne konkreten Tatverdacht, wie selbst der Sprecher des Bundesgerichtshofes einräumen mußte.

Zielder Verhaftung von Rechtsanwalt Arndt Müller war, das stuttgarter Anwaltsbüro insgesamt 'aufzulösen' (wie die Bundesanwaltschaft es später nannte), nachdem Klaus Croissant die BRD verlassen hatte und Rechtsanwalt Armin Newerla schon am 30.

August 1977 unter einer fadenscheinigen Beschuldigung verhaftet worden war. Mit der'Auflösung' bezweckte die Kleine Lage, einen wesentlichen Unsicherheitsfaktor für die propagandistische Absicherung der Elimination zu beseitigen, da sich in der Vergangenheit die Informationsarbeit der drei stuttgarter Rechtsanwälte, vor allem nach dem Tod von Ulrike Meinhof, als entscheidendes Hemmnis für die totale Durchsetzung der Propaganda der Bundesregierung gegen die Gefangenen aus der RAF erwiesen hatte.

Wir beantragen,

hierzu Schmidt und die Mitglieder der Kleinen Lage zu hören.

7. Parallel zu den absichernden Maßnahmen wurden die konkreten Planungen für die Elimination betrieben. Bereits seit Beginn der Gegen-

maßnahmen war der Leiter des Nationalen Sicherheitsrates der USA, Brzezinski, in den Entscheidungsablauf des Bundeskabinetts und der Kleinen Lage direkt eingeschaltet. Von ihm, d.h. von der US-Regierung, stammt der Vorschlag der taktischen Alternative, die vier Stammheimer Gefangenen entweder in Stammheim selbst zu eliminieren oder sie - zusammen mit den anderen freigelassenen Gefangenen aus der RAF - auf dem Territorium eines abhängigen Staates der Dritten Welt durch den amerikanischen oder den zionistischen Geheimdienst töten zu lassen.

Die amerikanische Regierung hatte zur Unterstützung und Kontrolle der Bundesregierung im State Departement einen technischen Stab eingerichtet, der ständigen Kontakt mit dem Bundeskanzleramt hielt, wobei der Umfang des Austausches derart intensiv und detailliert war, daß Schmidt später das Stenogramm seiner Telefongespräche mit Washington nicht in die von der Bundesregierung authorisierte Dokumentation aufnehmen ließ.

Wir beantragen,

hierzu Carter,
Schmidt,
Brzezinski,
die Staatssekretäre Bölling und Schüler zu hören.

Brzezinski, der als höchster Sicherheitsberater des US-Präsidenten auch die Aufsicht über die CIA führt, kam außerdem im September 1977 zur Stärkung der Position von Schmidt in der Frage der Endlösung nach Bonn und führte dort mit Schmidt und Schüler, dem Koordinator der westdeutschen Geheimdienste im Bundeskanzleramt, Gespräche über die Elimination der Gefangenen.

Wir beantragen,

hierzu Brzezinski, Schmidt und Schüler zu hören.

Auf Weisung von Schmidt und in Absprache mit den Mitgliedern der Kleinen Lage haben Planungsgruppen des Kanzleramts, des Bundesinnenministeriums und des Bundesjustizministeriums die bestmöglichen Abläufe einer Elimination der Gefangenen durchgespielt.
Dabei wurden alle nur denkbaren Möglichkeiten erörtert, ohne Rücksicht auf außenpolitische Komplikationen, ohne Rücksicht selbst auf das Grundgesetz.

Wir beantragen,

hierzu Schüler,
Genscher,
Vogel,
den ehemaligen Innenminister Maihofer zu hören.

Bei den Planungen wurde besonders berücksichtigt, daß

a) die CIA bereits in den fünfziger und sechziger Jahren in den Forschungsprojekten MK - Ultra und 'Blue Bird' mit Drogen experimentiert hat, um den Widerstand von Gefangenen zu brechen. Dabei wurden die Methoden des 'perfekten Mordes' durch chemische Substanzen untersucht, die 'einen Körper zurücklassen ohne jede Hoffnung, daß die Todesursache jemals durch die kompletteste Autopsie und chemische Untersuchung bestimmt werden könnte'.

Wir beantragen,
hierzu den Leiter der CIA, Stansfield Turner,
den ehemaligen Direktor der CIA, Richard Helms,
den ehemaligen Abteilungsleiter der Technical Services Staff (TSS) der CIA, Sidney Gottlieb und
Georges White,
Leiter des CIA-Projekts
MK - Ultra Unterprojekt 3 zu hören.

b) zionistische und englische Verhörspezialisten in der Lage sind, durch Benutzung von Psychopharmaka das gesamte Wissen von Gefangenen abzufragen; diese Psychopharmaka hinterlassen dabei keine Anzeichen von Persönlichkeitsveränderungen. Der Bundesregierung und dem Krisenstab ging es dabei allerdings nicht darum - wie später informell der Presse, z.B. dem 'stern' (Nr. 51, 8.12.1977), mitgeteilt wurde - aus Andreas Baader oder Jan-Carl Raspe ihre angeblichen Verbindungen zur Guerilla herauszubekommen, sondern um an bewußtlos gemachten Gefangenen den 'perfekten Selbstmord' wie bei Ulrike Meinhof vortäuschen zu können.

Wir beantragen, hierzu die vorgenannten Zeugen und Schüler zu hören.

Bei den Planungen wurden vor allem Vorschläge und Modelle der CIA erörtert, so z.B. die 11 Gefangenen auszufliegen und im Zielland oder in einem Land ihres späteren Aufenthalts sie durch Mitglieder der CIA und des MOSSAD (das ist der zionistische Geheimdienst) zu liquidieren.

Wir beantragen,

hierzu die vorgenannten Zeugen und Turner zu hören. Insbesondere wurde ein weiterer Vorschlag der CIA durchgespielt, nach dem Ausflug der Freigelassenen ins Zielland sie auch gegen den Willen der jeweiligen Regierung zu kidnappen oder gleich zu exekutieren.

### Wir beantragen,

hierzu Schüler und Turner zu hören.

Eine ernsthaft diskutierte Variante dieses CIA-Vorschlags war, in einem mit dem Imperialismus kollaborierenden Staat der Dritten Welt eine Attrappe eines der vom RAF-Kommando genannten Zielflughäfen aufzubauen, dann durch diese Täuschung die Freigelassenen zur Abgabe eines Code-Wortes und das Kommando zur Freilassung von Hanns Martin Schleyer zu veranlassen und danach die Freigelassenen wieder gefangen zu nehmen oder zu exekutieren. Diese Variante ist von der Bundesregierung so ernsthaft in Erwägung gezogen worden, daß sie den zionistischen Staat gebeten hat, sein Territorium und technische Hilfe für den Bau der Attrappe und die weiteren Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, worauf die Regierung des zionistischen Staates ihre Bereitschaft dazu erklärt hat.

# Wir beantragen,

hierzu Schmidt zu hören.

Der Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg, Alfred Stümper, hat daher diese Variante seinerzeit den Tatsachen gemäß als 'durchaus realisierbar' bezeichnet.

### Wir beantragen.

hierzu Alfred Stümper zu hören.

Dementsprechend hat Staatsminister Wischnewski bei seinen Sondierungen die Regierungen der von den Gefangenen ab dem 13. September 1977 genannten Aufnahmeländer gefragt, ob diese Staaten ihr Einverständnis für die Ausführung der Elimination auf ihrem Territorium geben würden.

### Wir beantragen,

hierzu Wischnewski zu hören.

Wie real auch für den Sonderstab der US-Regierung die Elimination der Gefangenen war, wird aus Folgendem ersichtlich:

Als Staatsminister Wischnewski auf seinem Flug nach Vietnam am 27. September 1977 auf dem US-Stützpunkt Guam zwischenlandete, wurde die Bundeswehrmaschine von us-amerikanischen Soldaten mit Maschinenpistolen im Anschlag umstellt, die von ihm die Herausgabe der Gefangenen verlangten, da die Militärverwaltung von Guam aus Washington irrtümlich unterrichtet worden war, Wischnewski würde die Gefangenen bereits nach Vietnam bringen.

Wir beantragen,

hierzu Schmidt, Brzezinski und Wischnewski zu hören.

d) Nachdem keiner der angesprochenen Staaten sein Einverständnis erklärt hatte, entschied die Bundesregierung sich auch gegen die Elimination auf dem Territorium des zionistischen Staates oder anderswo im Ausland und für die Ausführung der Elimination in Stammheim.

Wir beantragen,

hierzu Schmidt, die Mitglieder der Kleinen Lage, Carter, Brzezinski zu hören.

8. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich für das Projekt der Elimination der Gefangenen die Zustimmung der wichtigsten westeuropäischen Staatschefs und Politiker eingeholt. Dies ergibt sich bereits daraus, daß in den Sitzungen von Großem Politischen Beratungskreis und Kleiner Lage im Ablauf der 'Meinungsbildung und Entscheidungsfindung' die 'auswärtige Lage' regelmäßig an vierter Stelle diskutiert wurde.

### Im Einzelnen:

- Am 13. September 1977 telefonierte Schmidt mit Giscard d'Estaing.
- Am 19. September 1977 telefonierte Schmidt mit Callaghan.
- Am 22. September 1977 kam der Sonderbotschafter des französischen Staatspräsidenten, Michel Poniatowski, nach Bonn zu einem zweistündigen Gespräch mit dem Bundesinnenminister.
- Am selben Tag telefonierte Bundesinnenminister Maihofer mit dem damaligen niederländischen Innen- und zugleich amtierenden Justizminister Dr. de Gai-Furtmann.
- Ebenfalls an diesem Tag empfing Schmidt Poniatowski. In der Pressemitteilung des Bundespresseamtes dazu hieß es:

"Die Bundesregierung teilt mit der französischen Regierung die Auffassung, daß der Kampf gegen den Terrorismus nicht von einem Staat allein, sondern nur gemeinsam und solidarisch von allen Staaten geführt werden kann."

- Am 23. September 1977 teilte Regierungssprecher Bölling über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit dem damaligen niederländischen Ministerpräsidenten Joop den Uyl mit:

"Und nicht anders als bei den telefonischen Unterhaltungen des Kanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten, mit Präsident Carter und mit dem englischen Premierminister Callaghan haben sich der deutsche und der niederländische Regierungschef ihres solidarischen Beistands im Kampf gegen den Terrorismus versichert."

- Am 27. September 1977 telefonierte Bundesinnenminister Maihofer mit dem französischen Innenminister Bonnet.
- Am 29. September 1977 erklärte der Erste Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Mitterand, auf einer Pressekonferenz in Bonn, der Terrorismus sei ein 'internationales Problem', mit dem man 'Deutschland nicht allein lassen darf'.

### Wir beantragen,

hierzu Schmidt,
Carter,
Giscard d'Estaing,
Callaghan,
Maihofer,
Poniatowski,

de Gai-Furtmann,

Joop den Uyl,

Francois Mitterand und Bölling zu hören.

Insbesondere nach der Kaperung der Lufthansa-Maschine sicherte sich Schmidt die politische Unterstützung der französischen, britischen und italienischen Regierung.

- Am 13. Oktober setzte sich Bundesinnenminister Maihofer mit dem dame ligen italienischen Innenminister Cossiga in Verbindung.
- Am 14. Oktober 1977 telefonierte der Bundeskanzler mit dem britischen Premierminister, anschließend mit Giscard d'Estaing.

### Wir beantragen,

hierzu Schmidt,
Giscard d'Estaing,
Callaghan,
Cossiga,
Maihofer zu hören.

- III. Die Laperung der Lufthansa-Maschine durch das Kommando des palästinensischen Widerstands 'Märtyrer Halimeh' war für die Bundesregierung der Anlaß, die konkrete Ausführung der Elimination einzuleiten.
  - 1. Die Bundesregierung beschloß, die gekaperte maschine durch die westdeutsche Anti-Guerilla-Einheit GSG 9 stürmen und im Schatten dieser Aktion durch einen Einsatz des Geheimdienstes die Elimination der Gefangenen in Stammheim ausführen zu lassen, wobei schmidt bereit war, die Elimination in jedem Fall durchführen zu lassen, unabhängig davon, ob die Erstürmung ein Erfolg oder Mißerfolg werden würde. Auch im letzteren Fall schätzte er den Ablenkungseffekt als unverzichtbar für die Neutralisierung des zu erwartenden öffentlichen Abscheus und der Empörung in West-Europa über die Elimination der Gefangenen ein.

Wir beantragen,

hierzu Schmidt zu hören.

2. In der Phase der Vorbereitung und der Durchführung der Doppelaktion hatte die Bundesregierung in ständigem Kontakt mit den
Regierungschefs der USA, Frankreichs und Großbritanniens gestanden. Der US-Präsident war dabei in persönlichen Kontakt mit dem
somalischen Staatspräsidenten Siad Barre getreten, um von ihm
die Erlaubnis für die Erstürmungsaktion der GSG 9 und britischer
Anti-Guerilla-Spezialisten 'Special Air Bervice' (SAS) zu erlangen und damit Schmidt für das parallele Unternehmen in Stammheim
die propagandistische Ablenkung zu verschaffen.

Wir beantragen,

hierzu Carter, Giscard d'Estaing, Callaghan und Schmidt zu hören.

3. Mit den Zusagen des Einverständnisses dieser Regierungschefs brachte Bundeskanzler Schmidt die noch zögernden CDU/CSU-Mitglieder der beiden Beratungsgremien auf die 'narte Linie', wie der 'stern' Nr. 51 vom 8.12.1977/S. 120 schreibt:

"Helmut Schmidt arbeitet mit allen Tricks. Er sichert seine harte Haltung in Telefonaten mit dem französischen Staats-präsidenten Giscard d'Estaing und dem britischen Premier-minister Callaghan ab. Giscard erklärte spontan, daß er hinter der unnachgiebigen Haltung des Kanzlers stehe. Callaghan ... erbat sich eine Stunde Bedenkzeit. Als er zurückrief, gab er dem Kanzler volle Rückendeckung. Beide sagten, ihr

Ratschlag sei persönlich, der Kanzler möge ihn bitte nicht benutzen. Helmut Schmidt tut es aber doch, 'weil es mir in den Kram paßte'. Denn: 'Das war natürlich ein Pfund für die Durchsetzung meiner Vorstellung.' Gezielt erwähnt Helmut Schmidt auf der Sitzung des großen Krisenstabes die Meinung der beiden befreundeten Staatsmänner. Damit hat er die CDU/CSU dort, wo er sie hin haben will. ... Jetzt ist die Entscheidung gefallen: Die Lufthansa Jet-Landshut soll von dem GSG 9 - Kommando gestürmt werden."

Wir beantragen,

hierzu Schmidt und Strauß zu hören.

- 4. Zur Einstimmung der Bevölkerung auf die unmittelbar bevorstehende Eliminierung der Gefangenen, vor allem zur Konditionierung
  der BRD-Medien für die widerspruchsfreie Rezeption der Elimination zugunsten der Bundesregierung, betrieb diese ab dem 16. Oktober, insbesondere über die Mitglieder der Kleinen Lage, Herold
  und Rebmann und deren Apparate BKA und BAW, die gezielte Information von Top-Journalisten für Presse, Rundfunk und Fernsehen.
  Hierbei wurden altbekannte Falschmeldungen der psychologischen
  Kriegsführung erneut gegen die Stammheimer Gefangenen eingesetzt.
  - a) Schmidt persönlich traf sich am 16. Oktober nachdem er schon am 29. September im Bundestag bei der Verabschiedung des Kontaktsperregesetzes wahrheitswidrig behauptet hatte, daß die Aktivitäten der Entführer aus Gefängniszellen gesteuert würden mit Schriftstellern wie Böll, Grass und anderen Meinungsmultiplikatoren, um sie ohne konkrete Information, allein durch seine persönliche Einflußnahme für die Elimination zu kooptieren und sicherzustellen, daß sie für die BRD gegen die erwarteten negativen Reaktionen des Auslands eintreten würden.
  - b) Im SPIEGEL vom 17.10.1977 wurde in der Titelstory die Behauptung lanciert, Andreas Baader sei der Drahtzieher der Entfuhrung und Verantwortlicher der Aktion:
    - "In Kassibern, die in den Zellen gefunden worden waren, hatte RAF-Chef Andreas Baader seit langem darauf gedrängt, wirklich mal was an die Hand' zu bekommen, 'gegen das sie uns austauschen'. Sollte es aber mit der 'Big Raus-hole' nicht gleich klappen, müßten Anschlußaktionen unternommen werden. ... 'Wenn ... sie zögern, ablehnen, dealen, die fahndung militarisieren, dann sofort (also vorbereitet) gezielt wenn ihr könnt, an mehreren stellen gleichzeitig angreifen'." (SPIEGEL S. 19)

Hierbei handelte es sich um die - zudem noch manipulierte - Wiedergabe von Auszügen aus einem angeblich in einer Frankfurter Wohnung im Februar 1974 gefundenen Schriftstück, das der Staatsschutz seitdem in wechselnden Veränderungen als sog. 'Kassiber von Andreas Baader' der Presse angedient hatte, der

unter anderem auch zur Hetze gegen die Verteidiger von Gefangenen aus der RAF verwendet wurde, z.B. in der sog. 'Dokumentation über Aktivitäten anarchistischer Gewalttäter' des Bundesinnenministeriums vom Dezember 1974. Dieser vergammelte Fetzen wurde im Okt? wieder gezielt eingesetzt, weil es konkrete Beweise gegen die Gefangenen im Zusammenhang mit der Aktion der RAF gegen Hanns Martin Schleyer nicht gab (und bis heute nicht gibt), und weil der Staatsschutz sich von dieser Falschinformation eine neutralisierende Wirkung in der Öffentlichkeit versprach, wenn dann die Meldung vom Tod Andreas Baaders nachfolgen würde.

- c) Am Abend des 17. Oktobers 1977 erhielt Golo Mann erneut das Wort jetzt in der Fernsehsendung 'Panorama' -, wo er offensiv die Ansicht vertrat, politische Gefangene als Geiseln zu erschießen.
- d) Am 18. Oktober 1977, also gleichzeitig mit den ersten Rundfunkmeldungen über den als 'Selbstmord' ausgegebenen Tod der Gefangenen, wurden im Leitartikel der 'Frankfurter Allgemeine
  Zeitung' ein 'Notrecht gegen Terroristen' und der Tod der Gefangenen gefordert. Es hieß da:

"Der Staat muß sein rechtliches und moralisches Verhältnis zu den Terroristen, wie er es bisher gesehen und praktiziert hat, in Frage stellen, überprüfen. ... Muß es
dabei bleiben, daß die Terroristen foltern, erpressen,
morden und mit alledem jederzeit drohen können, der Staat
jedoch auf die Erhaltung von Leben und Gesundheit der
Bandenmitglieder verpflichtet ist und ihnen nichts androhen kann, was ihnen wirklich Angst macht? Läßt sich nichts
ändern an der deprimierenden Ungleichheit der Überlebenschancen zwischen den Bandenmitgliedern einerseits, den
von ihnen Verfolgten und Geiseln andererseits? ... Wäre
es nicht an der Zeit, über ein Notrecht gegen Terroristen
nachzudenken?"

Die Befürwortung einer Elimination der Gefangenen in Form der lebensbedrohenden Sanktion geht in allen aufgeführten Fällen auf die Initiative des Bundeskanzlers und der Kleinen Lage zurück. Wir beantragen,

hierzu Schmidt, Herold und Rebmann zu hören.

- IV. Die konkrete Ausführung der Elimination basierte auf folgenden operativen Voraussetzungen:
  - 1. Die Ausführung der Elimination wurde dem Bundesnachrichtendienst übertragen, der seinerseits Mitglieder der CIA und des MOSSAD, des zionistischen operativen Geheimdienstes, hinzuzog. Aus letzterem insbesondere deswegen, weil erstens der BND aufgrund seiner Geschichte und bisherigen Funktion als reine Nachrichtenbeschaffungsorganisation\_keine Erfahrungen mit verdeckten Operationen bzw. verdeckten Eliminationen hat, da der alte Faschismus seinen Staatsschutz entweder nur zur Infiltration und Bespitzelung der Bevölkerung oder zu offenen Liquidationen in den KZ und Verhörzentren eingesetzt hat. Zweitens verfügt der MOSSAD als Instrument des zionistischen Staates für seine Völkermordpolitik gegen das palästinensische Volk über einschlägige Spezialisten für verdeckte Eliminationen. Diese Spezialisten stellt der MOSSAD anderen imperialistischen Staa-> vor foir 13.1.86 ten zur Verfügung.

Außerdem wurde auf Anregung des BND vom baden-württembergischen Innenministerium in Absprache mit dem Staatsministerium im Landeskriminalamt Stuttgart eine Sondergruppe für den Einsatz in Stammheim zusammengestellt unter dem Vorwand für den Fall einer dritten Aktion der RAF.

Wir beantragen,

hierzu Schüler,
Turner,
Sagi, Leiter des MOSSAD,
Wessel, ehem. Präsident des BND,
Filbinger und
Schieß, ehem. Innenminister von Baden-Württemberg,
zu hören.

- 2. Die ausführenden Kräfte beschlossen, die Elimination in der Form eines vorgetäuschten 'belbstmordes' zu realisieren, weil
  - a) nach den Konzepten des BKA zur psychologischen Kriegsführung 'Aktionen gegen die RAF immer so abgewickelt werden
    müssen, daß Sympathisantenpositionen abgedrückt werden'
    (Herold), und so
  - b) zugleich dem imperialistischen Psychologie-Verständnis gemäß, Selbstmord als Ausdruck der Hoffnungslosigkeit vor
    allem im Falle von angeblichen 'Selbstmorden' von Gefangenen aus der RAF bei allen, die sich am Widerstand der RAF
    orientieren, Entmutigung bewirken soll, und
  - c) die Eliminationsform des vorgetäuschten 'Selbstmordes' bereits mit der Aktion gegen Ulrike Meinhof in der Nacht vom
    8. auf den 9. Mai 1976 praktiziert worden war, somit neue
    'Selbstmorde' in Stammheim der Öffentlichkeit nach einem
    bekannten Muster dargestellt werden konnten.

Wir beantragen,

hierzu Schüler, Wessel und Herold zu hören.

- 3. Die ausführenden Kräfte machten sich die Ortskenntnisse von BND und MOSSAD in Stammheim zunutze.
  - a) In der VZA Stammheim bestand spätestens seit dem März 1975
    eine Doppelstruktur in der Weise, daß neben dem eigentlichen Vollzugspersonal noch Beamte des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Bundeskriminalamts, des Landeskriminalamts von Baden-Württemberg und des BND Zugang zum Isolationstrakt im 7. Stock hatten, ohne daß die Anstaltsleitung oder
    die diensttuenden Beamten von ausgesuchten Beamten abgesehen jeweils Kenntnis von der Anwesenheit dieser anstaltsfremden Personen hatten.

Insbesondere der BMD kannte von den verschiedenen Abhöraktionen her in den Zellen der Gefangenen und den Eprechzellen die Örtlichkeiten der Zugänge und der Zellenanordnung des Trakts genau.

b) Ebenfalls über Ortskenntnisse in Gefängnissen der BRD verfügte der MOSSAD, der bereits seit 1972 in der BRD mit Unterstützung des BND operiert und mindestens zu Vernören
von Gefangenen aus dem palästinensischen Widerstand mit

Hilfe der Landeskriminalämter unkontrollierten Zugang in die Gefängnisse erhält, so z.B. im Mai 1979 in die JVA

Straubing/Bayern und in die JVA Moabit/Westberlin. Auch gibt es Anzeichen, daß die Eliminations-spezialisten des MOSSAD in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1976 in stammheim tätig gewesen sind und von daher über Ortskenntnisse in der VZA verfügen.

Wir beantragen,

hierzu Schüler,

Sagi,

Baum,

Kinkel, Präsident des BND,

Wessel,

Tandler, Innenminister des Freistaates Bayern,

Ulrich, Innensenator von West-Berlin, zu hören.

Im Zusammenhang mit den bereits unter Beweis gestellten Tatsachen der unterlassenen oder nachlässigen Untersuchungen und der zahlreichen ungelösten widersprüche und tatsachenwidrigen Feststellungen seitens der federführenden Staatsanwälte im Todesermittlungsverfahren wird die beantragte Beweiserhebung eindeutig und
endgültig ergeben, daß die drei Gefangenen aus der RAF in Stammheim nicht Selbstmord und Irmgard Möller keinen Selbstmordversuch begangen haben, sondern Objekt eines heimtückischen Anschlags
von außen geworden sind.

Vorab kann jedenfalls festgestellt werden, daß schon nach den bisherigen Ergebnissen der Beweisaufnahme die Haltlosigkeit der staatlichen 'Selbstmord'-Version offenbar geworden ist. Wer jetzt noch von 'Selbstmorden' in Stammheim spricht, redet einer Lüge des SPD-Staates das Wort.

(Müller)

(Newerla)

Die ladungsfähigen Anschriften der benannten Zeugen:

•		
Giovanni Agnelli,	z.1.ü.	FIAT, Turin, Italien,
Gerhart Baum,	tt	Bundesinnenministerium, 5300 Bonn 1,
Klaus Bölling,	11	Bundespresseamt, 5300 Bonn 1,
Willy Brandt,	at .	Erich-Ollenhauer-Haus, 5300 Bonn 1,
Zbigniew Brzezinski,		White House, Washington D.C., USA,
James Callaghan,	<b>11</b> 2	Parliament, Westminster, London, GB,
James Carter,	tī	White House, Washington D.C., USA,
Francesco Cossiga,	11	Palazzo Chigi, Rom, Italien,
Erkel,		Bundesjustizministerium, 5500 Bonn,
Hans-Carl Filbinger,	Ħ	Geschäftsstelle der CDU-Fraktion des Landtags, 7000 Stuttgart 1,
Fröhlich,	<b>11</b>	Bundesinnenministerium, 5300 Bonn 1,
Chujiro Fujino,		Hitsubishi-Konzern, Tokio, Japan,
de Gai-Fur	tmann,"	Generalstaaten, Den Haag, Niederlande,
Hans-Dietrich Gensch	er, "	Auswärtiges Amt, 5300 Bonn 1,
Valery Giscard d'Es	taing,"	Elysée-Palast, Paris, Frankreich,
Sidney Gottlieb,	Ħ	CIA, Langley, Virginia, USA,
Richard Helms,	11	CIA, Langley, Virginia, USA,
Horst Herold,	n	Bundeskriminalamt, 6200 Wiesbaden 1,
Werner Hill,	ti	Chefredakten der Speyerer "Tages- post", 6720 Speyer 1,
Burkhard Hirsch,	tt	Landesinnenministerium, 4000 Düs- seldorf 1,
Klaus Kinkel,	11	Bundesnachrichtendienst, 8023 Pullach,
Henry Kissinger,	, III	Georgetown, Virginia, USA,
Helmut Kohl,	11	Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1,
Heinz Kühn,	n	Geschäftsstelle der SPD-Fraktion des Landtags, 4000 Düsseldorf 1,
Ctto Graf Lambsdorff	<b>9</b>	Bundeswirtschaftsministerium, 5300 Bonn 1,
Georg Leber,	<b>11</b>	Geschäftsstelle des Präsidiums des Eundestags, 5300 Bonn 1,
Werner Maihofer,	ti	Universität Bielefeld, 4800 Bielefeld,
Francois Mitterand,	n	Assemblée Nationale, Paris, Frankreich
Michel Poniatowski,	11	Ascemblée Nationale, Faris, Frankreich
Murt Rebmann,	n	Bundesanwaltschaft, 7500 Harlsruhe 1,
Annemarie Renger,	tt.	Geschüftsstelle der SPD-Fraktion des Bundestags, 5300 Bonn 1,
David Rockefeller,	11	Chase Manhattan Bank, Mew York, N.Y., USA,

Edmond de Rothschild,	z.1.ü.	Compagnie Financière Holding, Paris, Frankreich,
Ruhnau,	11	Bundesverkehrsministerium, 5300 Bonn
Jehoshua Sagi,	, II	MOSSAD, Tel Aviv, "Israel",
Walter Scheel,	Ħ	Bundespräsidialamt, 5300 Bonn 1,
Karl Schieß,	11 11 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	Geschäftsstelle der CDU-Fraktion des Landtags, 7000 Stuttgart 1,
Helmut Schmidt,	ti s	Bundeskanzleramt, 5300 Bonn 1,
Manfred Schüler,	· <b>M</b>	Bundeskanzleramt, 5300 Bonn 1,
Franz-Josef Strau3,	11	Frinz Carl-Palais, 8000 Nünchen 22,
Alfred Stümper,	11	Landesinnenministerium, 7000 Stuttgart
Georg Tandler,	11	Landesinnenministerium, 8 Hünchen 22,
Stansfield Turner,	<b>17</b>	CTA, Langley, Virginia, USA,
Feter Ulrich,	ti	Senat von West-Berlin, 1000 Berlin,
Joop den Uyl,	11	Generalstaaten, den Haag, Wiederlande,
Hans-Jochen Vogel,	<b>13</b>	Bundesjustizministerium, 5300 Bonn 1,
Gerhard Wessel,	Ħ	Bundeskanzleramt, 5300 Bonn 1,
Georges White,	II .	CIA, Langley, Virginia, USA,
Hans-Jürgen Wischnewski	• 11	Bundeskanzleramt, 5500 Bonn 1,
Friedrich Zimmermann,	<b>11</b>	Geschäftsstelle der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, 5300 Bonn 1.